

Unser Umgang mit Ihren Daten und Ihre Rechte

– Informationen nach Artikeln 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) –

Wir als Verbraucherschlichtungsstelle respektieren und schützen Ihre Privatsphäre und beachten alle Vorschriften zum Datenschutz. Dies gilt unabhängig davon, ob Sie Antragsteller in einem Verbraucherstreitbeilegungsverfahren oder gesetzlicher bzw. rechtsgeschäftlicher Vertreter eines Antragstellers sind oder sich zunächst über unser Schlichtungsangebot informieren wollen.

Was bedeutet dies im Klartext, wenn es um Ihre personenbezogenen Daten geht? Im Folgenden verschaffen wir Ihnen einen schnellen Überblick darüber, welche personenbezogenen Daten wir erheben und was wir damit machen. Wir informieren Sie über Ihre Datenschutzrechte und erklären, an wen Sie sich bei Fragen wenden können. Bitte reichen Sie diese Datenschutzerklärung an Ihren Vertreter weiter, wenn Sie sich in einem Schlichtungsverfahren vertreten lassen wollen, oder an die von Ihnen vertretene Person, wenn Sie als Vertreter auftreten.

1. Wer sind wir?

Die Ombudsstelle für Investmentfonds (Ombudsstelle) ist eine vom Bundesamt für Justiz mit Anerkennungsbescheid vom 30. Januar 2017 anerkannte private Verbraucherschlichtungsstelle im Finanzbereich nach § 14 des Unterlassungsklagengesetzes (UKlaG) und der Finanzschlichtungsstellenverordnung (FinSV). Der BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V. (BVI) mit Sitz in Frankfurt am Main und Büros in Berlin und Brüssel ist der Träger.

2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Die verantwortliche Stelle ist:

BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V.

-Ombudsstelle für Investmentfonds-

Unter den Linden 42

10117 Berlin

Telefon: +49 30 6 44 90 46-0

Telefax: +49 30 6 44 90 46-29

E-Mail: info@ombudsstelle-investmentfonds.de

Wir ergreifen als verantwortliche Stelle alle gesetzlich erforderlichen Maßnahmen, um Ihre personenbezogenen Daten zu schützen.

Bei Fragen zum Datenschutz können sich auch an unseren Datenschutzbeauftragten wenden:

BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V.

-Datenschutzbeauftragter-

Bockenheimer Anlage 15

60322 Frankfurt am Main

E-Mail: datenschutzbeauftragter@bvi.de

3. Für wen gilt diese Datenschutzerklärung?

Diese Datenschutzerklärung betrifft die Verarbeitung personenbezogener Daten von (möglichen) Antragstellern eines Schlichtungsverfahrens sowie deren gesetzliche oder rechtsgeschäftliche Vertreter. Verarbeitung bedeutet, dass wir personenbezogene Daten erheben, speichern, nutzen, übermitteln oder löschen.

4. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir und aus welchen Quellen stammen sie?

Wir verarbeiten als Verbraucherschlichtungsstelle personenbezogene Daten, die wir im Vorfeld bzw. zur Durchführung eines Schlichtungsverfahrens von Ihnen oder Ihrem gesetzlichen oder rechtsgeschäftlichen Vertreter erhalten. Darüber hinaus verarbeiten wir personenbezogene Daten, die wir von der Antragsgegnerin, d.h. dem von Ihrem Schlichtungsantrag betroffenen Unternehmen, z.B. einer Fondsgesellschaft, oder von anderen Verbraucherschlichtungsstellen erhalten. Im Einzelfall verarbeiten wir personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (z.B. Telefonbuch, öffentliche Register, Medien etc.) zulässigerweise beziehen, wenn diese für unsere Tätigkeit als Verbraucherschlichtungsstelle notwendig sind.

Es handelt sich hierbei um Ihre **persönlichen Angaben** (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdatum, Telefon- und Telefaxnummer, E-Mail-Adresse) und die jeweils einzelfallbezogenen **Angaben Ihrer Anfrage bzw. Ihres Schlichtungsantrags** sowie die weiteren Daten, die uns im Rahmen des Schlichtungsverfahrens zur Verfügung gestellt werden (z.B. Daten zu Ihren Depots, Konten und Sparverträge, Daten über Ihre persönliche Situation und / oder finanzielle Lage).

Im Einzelfall kann es sein, dass wir besondere Kategorien personenbezogener Daten, bekannt als „**sensible Daten**“ verarbeiten, sofern wir diese von Ihnen zur Verfügung gestellt bekommen oder sie zur Durchführung eines Schlichtungsverfahrens notwendig sind. Dies gilt auch für Daten zu **Kindern**, sofern diese Antragsteller eines Schlichtungsverfahrens sind oder uns solche Daten zur Durchführung eines Schlichtungsverfahrens zur Verfügung gestellt werden.

5. Zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung der uns zugewiesenen Aufgaben (Art. 6 Abs. 1c DS-GVO) als anerkannte Verbraucherschlichtungsstelle. Diese Aufgaben erfüllen wir nach Maßgabe unserer Verfahrensordnung (VerfO), die vom Bundesamt für Justiz genehmigt wurde und ihre Grundlage in der EU-Richtlinie über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten (2013/11/EU) bzw. in den entsprechenden nationalen Vorschriften des § 14 UKlaG und der FinSV des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz hat.

Die Verarbeitung erfolgt zur Vorbereitung bzw. zur Durchführung des mit Ihrem Schlichtungsantrag beantragten Schlichtungsverfahrens und ist erforderlich, um die Bearbeitung Ihres Anliegens nach Maßgabe der unserem Schlichtungsverfahren zugrunde liegenden rechtlichen Bestimmungen zu gewährleisten.

Im Einzelfall kann sich dabei die Verarbeitung auch auf sogenannte „**sensible Daten**“ erstrecken, sofern Sie uns diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen zur Verfügung gestellt haben oder sie zur Durchführung eines Schlichtungsverfahrens notwendig sind (Art. 9 Abs. 2f DS-GVO).

Der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist im Übrigen auch dadurch gewährleistet, dass die Mitarbeiter der Ombudsstelle neben den Bestimmungen der DS-GVO und dem BDSG nach Maßgabe der VerfO bzw. der FinSV zur Verschwiegenheit über die Schlichtungsverfahren verpflichtet sind.

6. Wer bekommt Ihre personenbezogenen Daten?

Zur Durchführung eines Schlichtungsverfahrens übermitteln wir Ihren Schlichtungsantrag, d.h. u.a. auch Ihre personenbezogenen Daten an die unmittelbar am Schlichtungsverfahren beteiligten Personen. Dies sind in erster Linie die zuständigen Stellen des von Ihrem Schlichtungsantrag betroffenen Unternehmens, d.h. die Antragsgegnerin, sowie Ihre gesetzlichen oder rechtsgeschäftlichen Vertreter, wenn Sie sich im Schlichtungsverfahren vertreten lassen.

Darüber hinaus sind wir verpflichtet, Ihren Schlichtungsantrag an die zuständige Verbraucherschlichtungsstelle abzugeben, wenn wir selbst nicht zuständig sind (vgl. § 24 FinSV). In diesem Fall leiten wir u.a. auch Ihre personenbezogenen Daten weiter und informieren Sie darüber.

Im Übrigen haben Zugriff auf Ihre personenbezogenen Daten grundsätzlich nur die Mitarbeiter der Ombudsstelle. Im Einzelfall kann es sein, dass Mitarbeiter des BVI, die mit der Wartung und Pflege von IT-Anwendungen der Ombudsstelle betraut sind, kurzzeitig Zugriff auf Ihre Daten haben. Dies gilt auch für von uns eingesetzte Dienstleister (Auftragsverarbeiter im Sinne von Art. 28 DS-GVO). Dies sind Unternehmen in den Kategorien IT, die ebenfalls der DS-GVO und dem BDSG verpflichtet sind.

7. Wie lange speichern wir Ihre personenbezogenen Daten?

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten, d.h. körperliche und elektronische Schlichtungsakten, analog der für Gerichtsverfahren geltenden Aufbewahrungsfristen (Justizaktenaufbewahrungsgesetz – JaktAG bzw. Schriftgutaufbewahrungsverordnung – SchrAV). Schlichtungsakten bewahren wir bis zur Vernichtung bzw. Löschung fünf Jahre und Schlichtungssprüche, Schlichtungs- und Vergleichsvorschläge 30 Jahre auf. Die Aufbewahrungs- bzw. Speicherungsfrist beginnt mit dem auf das Jahr der Beendigung des Verfahrens folgenden Jahr.

8. Welche Datenschutzrechte haben Sie?

Die Einzelheiten Ihrer Datenschutzrechte regelt die DS-GVO. Hiernach können Sie [Auskunft](#) über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen (Art. 15 DS-GVO), haben das Recht auf [Berichtigung](#) (Art. 16 DS-GVO), [Löschung](#) (Art. 17 DS-GVO), [Einschränkung der Verarbeitung](#) (Art. 18 DS-GVO) sowie auf [Datenübertragbarkeit](#) (Art. 20 DS-GVO). Darüber hinaus steht Ihnen ein Widerspruchsrecht zu, sofern wir Ihre personenbezogenen Daten aufgrund von berechtigten Interessen verarbeiten (Art. 21 DS-GVO). Beim [Auskunfts-](#) und [Löschungsrecht](#) gelten die Einschränkungen der §§ 34, 35 BDSG. Schließlich haben Sie das Recht zur Beschwerde bei unserem Datenschutzbeauftragten sowie der hessischen Datenschutzaufsichtsbehörde (Art. 77 DS-GVO i. V. m. § 19 BDSG).

9. Besteht für Sie eine Pflicht uns Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen?

Zum Zweck der Durchführung eines Schlichtungsverfahrens ist es notwendig, dass Sie uns die im Einzelfall erforderlichen personenbezogenen Daten zur Verfügung stellen. Wir sind sonst nicht in der Lage, Ihrem Anliegen nachzukommen bzw. ein Schlichtungsverfahren nach Maßgabe unserer VerfO durchzuführen bzw. müssen es ablehnen, wenn Sie keinen ausreichenden Schlichtungsantrag stellen.

10. Gibt es bei der Ombudsstelle eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall einschließlich Profiling?

Bei der Ombudsstelle bzw. im Schlichtungsverfahren erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall einschließlich Profiling gemäß Art. 22 DS-GVO.

11. Kann diese Datenschutzerklärung geändert werden und wo finde ich sie?

Wir behalten uns vor, diese Datenschutzerklärung bei rechtlichem und/oder praktischem Bedarf zu ändern. Bitte informieren Sie sich über unsere aktuelle Datenschutzerklärung auf unserer Webseite www.ombudsstelle-investmentfonds.de in der Rubrik Datenschutz.

Information über Ihr Widerspruchsrecht
nach Art. 21 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1e DS-GVO (Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse) oder auf Art. 6 Abs. 1f DS-GVO (Datenverarbeitung auf Grundlage einer Interessenabwägung) beruht, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling.

Im Fall eines Widerspruchs werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegend, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und sollte möglichst gerichtet werden an:

BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V.

-Ombudsstelle für Investmentfonds-

Unter den Linden 42

10117 Berlin

Telefon: +49 30 6 44 90 46-0

Telefax: +49 30 6 44 90 46-29

E-Mail: info@ombudsstelle-investmentfonds.de